



Binswanger

Steht die Schweiz zur Krankenversicherung?

Die Krankenkassenprämien explodieren – und trotzdem ist die Prämien-Entlastungs-Initiative hochumstritten. Grundprinzipien der Sozialstaatlichkeit sind offensichtlich nicht in Stein gemeisselt.

Von [Daniel Binswanger](#), 18.05.2024

Erst die 13. AHV-Rente, jetzt die Prämienverbilligung. Erneut steht eine Volksinitiative ins Haus, die eine grundlegende sozialpolitische Verbesserung für die unteren Einkommenskategorien erreichen will: nach höheren Rentenleistungen die Senkung der Krankenkassenkosten. Erneut besteht eine realistische Chance, dass die Initiative angenommen wird. Auch wenn nicht auszuschliessen ist, dass die bisher dominierende Zustimmung noch in ein Nein kippen wird.

Der politische Kampf, der nun um die Prämientlastung geführt wird, zeigt eine irritierende Nähe zur Auseinandersetzung um die AHV-Renten. In beiden Politikfeldern stellt die Schweiz im internationalen Vergleich einen radikalen Sonderfall dar. Sowohl bei der Altersvorsorge (3-Säulen-System) als auch bei der Gesundheitsfinanzierung (Kopfprämie) hat das Schweizer Modell zu gravierenden Defiziten und massivem Leidensdruck für breite Bevölkerungskreise geführt. Und sowohl bei der AHV als auch bei den Krankenkassenprämien bekundet die Schweizer Politik stupende Schwierigkeiten, das eigene Versagen anzuerkennen – und endlich Abhilfe zu schaffen.

Woher kommt es, dass das Schweizer Parlament jahrzehntelang zwar immer wieder einzugreifen versuchte, letztlich aber zusah, wie die Renten laufend sanken und die Prämienlast immer erdrückender wurde? Woher kommt es, dass man erst unter dem Druck zustande gekommener Volksinitiativen dann doch noch hastig (weitgehend symbolische) Konzessionen macht, im Fall der 13. AHV-Rente mit einer Last-minute-Erhöhung der Ergänzungsleistungen, im Fall der Prämienlast mit einem Gegenvorschlag, dessen Finanzvolumen so bescheiden ist, dass er eine beinahe vernach-

lässigbare Wirkung zeigen würde? Woher kommt die sozialpolitische Kältschnäuzigkeit?

Die Schweiz hat schwache sozialstaatliche Traditionen. Eine staatliche Altersvorsorge wurde hierzulande 1948 eingeführt, während sie in Deutschland seit 1889, in Grossbritannien seit 1909, in Frankreich seit 1910, in Italien seit 1919 existiert. Das Krankenkassen-Obligatorium wurde von der Eidgenossenschaft erst 1996 in Kraft gesetzt. In Frankreich existiert es seit 1945, in Grossbritannien seit 1948, in Italien seit 1978, in Deutschland in Form einer Krankenversicherung, die zwar nur Teile der Bevölkerung umfasste, für diese aber bereits obligatorisch war, seit 1883.

Nein, man kann beim allerbesten Willen nicht behaupten, die Schweiz habe in Sachen gesellschaftliche Solidarität jemals zur Avantgarde gehört. Dennoch macht es einen einigermaßen sprachlos, welche indifferente Kälte die bürgerlichen Eliten heute an den Tag legen, wenn es darum geht, basale Standards der sozialpolitischen Verantwortung aufrechtzuerhalten. Eine Rente, die die Existenzgrundlage sichert? Eine Krankenversicherung, die bezahlbar ist? Man hätte glauben dürfen, da handle es sich um Selbstverständlichkeiten – so wie in allen anderen europäischen Demokratien auch. Fehlanzeige.

Nicht unerwähnt bleiben sollte in diesem Kontext, dass die SVP das Krankenkassen-Obligatorium im Grunde gar nie akzeptiert hat. So weit, so konsequent: Bereits 1994 beim Referendum über das neue Krankenversicherungsgesetz war die SVP die einzige Bundesratspartei, die die Nein-Parole ausgab. Aus Sicht der sogenannten Volkspartei muss garantierte Gesundheitsversorgung ein Privileg der wirtschaftlichen Eliten bleiben beziehungsweise für die Unterschichten ein Sonderarrangement gefunden werden, das dann abgespeckt und viel, viel billiger sein soll.

Als die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli – aktuell die wichtigste SVP-Gesundheitspolitikerin im Land – im letzten August plötzlich die Abschaffung des Krankenkassen-Obligatoriums aufs Tapet brachte, wurde dies von vielen Beobachtern entweder als Wahlkampf-Gimmick oder als Provokation eingestuft, die einfach mal die Debatte anstossen soll. Kaum je wurde erwähnt, dass Rickli sich auf nie revidierter Parteilinie befand. Schon im Mai 2009 reichte SVP-Nationalrat Alfred Heer eine Motion von biblischer Schlichtheit ein: «Der Bundesrat wird beauftragt, das Obligatorium zur Versicherung im Krankenversicherungsgesetz aufzuheben.» So einfach wollen hierzulande die strammen Patrioten das Finanzierungsproblem der allgemeinen Krankenversicherung lösen: durch Abschaffung.

Ebenfalls nicht unerwähnt bleiben sollte, dass die damalige SVP-Motion auch von prominenten FDP-Nationalrätinnen unterschrieben wurde, darunter Filippo Leutenegger und Doris Fiala. Die rechtsbürgerliche Schweiz hält eine allgemeine Krankenversicherung bis heute für unzulässigen Luxus. Wenn Geringverdiener krank werden? *Not our problem!* Warum also soll man heute zusätzliches Geld in die Hand nehmen für Versicherungsleistungen, die man ohnehin viel lieber abschaffen würde?

Erst vor diesem ideologischen Hintergrund versteht man die Toleranz für all die bizarren Eigenheiten des Schweizer Kranken- und Sozialversicherungssystems. Nehmen wir noch einmal die AHV: Gemäss Bundesverfassung müsste sie hoch genug sein, um den Schweizer Bürgerinnen im Alter das Existenzminimum zu garantieren. Obwohl das bei weitem nicht der Fall ist, auch nicht mit der 13. AHV-Rente, betrachtet die Mehrheit der rechten Parlamentarierinnen den Ausbau der Rentenleistungen als skandalösen Sündenfall, ja als das Ende des Schweizer Erfolgsmodells.

Die Zahl der Rentnerinnen, die gewissermassen als Wirtschaftsflüchtlinge ihren Lebensabend im Ausland verbringen müssen, weil ihre Renten für ein würdiges Leben in der Schweiz nicht ausreichen, nimmt derweil immer weiter zu. Eines der reichsten Länder der Welt hat ein so pitoyables Altersfürsorgesystem mit einer im internationalen Vergleich so schlechten Lohnersatzquote, dass Bürgerinnen mit bescheidenem Einkommen nach der Pensionierung besser nicht im Land bleiben, sondern im Globalen Süden ins Exil gehen. Dem unbefangenen Beobachter mag dies irrwitzig erscheinen. Es ist der Schweizer Status quo.

Ganz Ähnliches gilt auch vom Krankenversicherungssystem. Auch hier ist die Schweiz mit ihren Kopfprämien ein einzigartiger Sonderfall: In keinem anderen Land sind Krankenkassenprämien so stark einkommensunabhängig. Zwar wird auch bei uns das Kopfprämienprinzip durch die Prämienverbilligungen abgemildert, aber das ändert nichts daran, dass in der Schweiz der solidarisch finanzierte Anteil der Gesundheitsleistungen viel tiefer ist als in allen vergleichbaren Ländern.

Hier liegt der Hund begraben: Die Gesundheitskosten steigen laufend. Auch wenn – wie von der ebenfalls zur Abstimmung kommenden Kostenbremse-Initiative gefordert – alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um mit den eingesetzten Mitteln möglichst effizient umzugehen, werden die Ausgaben im besten Fall etwas weniger schnell wachsen – und sicherlich nicht abnehmen. Das heisst, dass eine allgemeine Krankenversicherung für die gesamte Bevölkerung finanziell nur dann tragbar ist, wenn die Prämien der unteren Einkommen von den besser Verdienenden mitfinanziert werden.

Das Grundproblem ist furchtbar simpel: Krankenversicherungsbeiträge müssen einkommensabhängig sein – sonst geraten zu viele Menschen zu stark in die Defensive. Sonst wird die allgemeine Gesundheitsversorgung zur Illusion.

Stehen wir zur Notwendigkeit dieser Umverteilung? Wer glaubt, dass jede Bürgerin eines modernen Staatswesens ein Recht hat auf eine angemessene Gesundheitsversorgung, der muss sich dazu bekennen. Man könnte meinen, dieser Glaube sei bei uns so selbstverständlich wie in allen anderen OECD-Ländern. Fehlanzeige.

Und so kommt es denn, dass wir uns erneut in einer Abstimmungsdebatte befinden, die vor intellektueller Redlichkeit nicht gerade strotzt. Das beginnt beim Krieg um die Zahlen.

Die Gegner der Vorlage argumentieren gerne mit Durchschnittsrechnungen, um zu beweisen, dass die Einkommen schneller steigen als die Krankenkassenprämien und sich deshalb ein Finanzierungsproblem erst gar nicht ergibt. Wer mit den mittleren Bruttolöhnen argumentiert, bekommt da auch tatsächlich recht, aber – wie Rudolf Strahm gezeigt hat – hier geht es ja genau nicht um Haushalte, die über einen Durchschnittsbeziehungsweise Median-Lohn verfügen, sondern um die unteren Einkommen. Dort ist die Prämienbelastung ein riesiges Problem und führt dazu, dass 20 Prozent der Schweizer Bevölkerung es wenn immer möglich vermeiden, überhaupt medizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen – ein beschämend hoher Wert. Genau dort, im unteren Lohnsegment, will die Initiative ansetzen.

Befremdlich ist auch das Hauptargument, das von den Gegnern der Prämien-Entlastungs-Initiative nun ins Feld geführt wird. Die Prämienentlastung, so erklärte FDP-Präsident Thierry Burkart in der «Arena», sei

eine «Umverteilungs-Initiative». Zwar würden bestimmte Bevölkerungsgruppen entlastet, aber im Durchschnitt nehme die Belastung über höhere Steuern pro Familie um 1200 Franken zu. Da ist Burkart vorbehaltlos recht zu geben: Die Prämienentlastung ist eine Umverteilung. Genau darin besteht der Sinn der Vorlage. Inwiefern ist das ein Gegenargument?

Und ja, die dadurch verursachten staatlichen Ausgaben könnten tatsächlich zu Steuererhöhungen führen (darüber, wie gross das Volumen der Kosten wäre, gehen im Pulverdampf des Zahlenkriegs die Angaben extrem weit auseinander, von 2 bis 12 Milliarden Franken). Aber darum geht es doch: Die Bundessteuern (zwei Drittel der Kosten hätte der Bund zu tragen) sind sehr stark progressiv, sie sind die finanzpolitische Antithese zum degressiven Kopfprämiensystem. Die Prämien für Niedrigverdiener müssen runtergehen, die Steuern für Grossverdienerinnen gehen im Gegenzug hoch. Man nennt das Sozialstaat.

Der demografische Wandel lässt sich nicht aufhalten, und er führt sowohl in der Renten- als auch in der Gesundheitspolitik zu steigenden Kosten und enormen Herausforderungen. Es wäre umsichtiges politisches Handeln angezeigt: Damit die finanziellen Lasten tragbar sind – für alle. Damit die Grundversorgung garantiert bleibt – für alle.

Doch die rechtsbürgerlichen Parteien kaprizieren sich stattdessen auf verschärften Klassenkampf. Ob das auf die Dauer gut gehen wird? Sie sollten über die Bücher.

Illustration: Alex Solman